

Fadegrad



von
Roland Scheck

Mieter raus, Asylanten rein

Per Ende März 2011 erhielten zahlreiche Mieter im Wydäckerring die Kündigung. Die Besitzerin der drei betreffenden Liegenschaften, die HIG Immobilien Anlage Stiftung, begründete das Vorgehen mit dem geplanten Umbau der Liegenschaften. Von der Kündigung betroffen waren langjährige Mieter, welche ihr Heim nur schweren Herzens verliessen. Umso erstaunter war man im Quartier, als im April 2011 plötzlich ein Flyer der Asyl Organisation Zürich (AOZ) ins Haus flatterte. Mit diesem Flyer wurde den Anwohnern mitgeteilt, dass in den leerstehenden Häusern nun Asylsuchende einquartiert würden. Frei nach dem Motto: Mieter raus, Asylanten rein.

Die Asylbewerberunterkunft war als Zwischennutzung gedacht und sollte mindestens ein Jahr dauern. Aus dem einen Jahr sind es inzwischen aber drei Jahre geworden. Den Asylkonzern AOZ freuts. Noch immer sind 109 Asylsuchende aus 17 verschiedenen Herkunftsländern in den drei Liegenschaften untergebracht. Weshalb die Liegenschaftsbesitzerin von der Baubewilligung keinen Gebrauch macht und die Renovation bis heute nicht durchgeführt hat, lässt sich nicht in Erfahrung bringen. Denn bereits im August 2010, also bevor die Liegenschaften Asylsuchenden zur Verfügung gestellt wurden, erhielt die HIG Immobilien Anlage Stiftung die Baubewilligung für eine Gebäudesanierung mit inneren Umbauten und Wohnungszusammenlegungen.

Das Asylbewerberheim im Wydäckerring hätte es also gar nie gegeben, hätte die HIG Immobilien Anlage Stiftung ordentlich gearbeitet. Aber wollte sie das überhaupt? Immerhin hat die Asylunterkunft der Stiftung ab Mai 2011 bis Dezember 2013 Mietkosten in der Höhe von 1 009 700 Franken in die Kasse gespült. Die Stadt hat darüberhinaus auch die Nebenkosten von 265 000 Franken sowie Unterhalts- und Betriebskosten von 319 200 getragen. Gar kein schlechtes Geschäft, wenn man so überlegt. Stiftungsratspräsident der HIG Immobilien Anlage Stiftung ist übrigens alt-FDP-Präsident Franz Steinegger. Er weiss immer zu helfen, was ihm den Spitznamen Katastrophen-Franz eingebracht hat. Im Wydäckerring gibt es zwar keine Katastrophe zu bewältigen, dafür aber von einer längst erteilten Baubewilligung Gebrauch zu machen. Das müsste für einen krisenprobten Mann wie Franz Steinegger doch machbar sein. Oder laufen die Geschäfte in der Asylindustrie einfach zu gut, Herr Steinegger?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Gemeinnütziger Wohnungsbau: Wie definiert man die effektiven Kosten?

Der verkürzte Ratsabend wurde im Wesentlichen geprägt durch eine langwierige Diskussion über das Postulat von Cécilia Hänni-Etter (FDP) und 15 Mitunterzeichnenden betreffend Grundsätze zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus.



Dr. Mario Babini
Gemeinderat SVP
Zürich 2

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, ob die sogenannten «Grundsätze 24», welche ein mit bereits über 90 Jahren auf dem Buckel ein etwas ins Alter gekommenes Regelwerk bezüglich den Grundsätzen und Regulierungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus repräsentieren, wirklich einer Totalanierung oder einer weiteren Anpassung bedürfen.

Die Ansicht der Ratsrechten war, dass die «Grundsätze 24», eine Ansammlung von kaum mehr transparenten Regelungen, nicht als Basis für die geplanten um rund einen Drittel höher budgetierten Investitionen in den gemeinnützigen Wohnungsbau geeignet seien. Danach entzündete sich die Diskussion darüber, welche Elemente nun tatsächlich als Kosten darzustellen sind.

Als primäres Ziel der Motionäre wurde eine höhere Transparenz und eine klarere Regelung bezüglich der effektiven Kosten für die Staatskasse dargestellt, da die Motionäre befürchteten, die zusätzlichen Ausgaben könnten durch unklare Regeln und eine nicht einheitlich definierte Kostenbasis noch mehr ausufern und damit die Staatskasse mehr als budgetiert belasten.

Schleichende Einführung der Marktmiete?

Die Diskussion rief zahlreiche Redner an die Mikrofone und es entwickelte sich ein eigentliches Ping-Pong-Spiel, in welchem die Mehrheitlich von SP und AL vertretene Meinung vorherrschte, über den Umweg einer unklar definierten Motion werde die schleichende Einführung der Markt-

miete gegenüber dem heute einigermaßen klar definierten Begriff der Kostenmiete durchzusetzen versucht.

Dabei unterstellten die Motionäre, dass die heute als «Kosten» verstandenen Elemente eben nicht die tatsächlichen Kosten darstellen, da entgangene Gewinne als Opportunitätskosten ebenfalls zu den Kosten gezählt werden sollten. Im Zentrum standen dabei die Baurechtsverträge, welche heute auf eine Zeitdauer von 60 Jahren festgelegt werden. Da sich in den letzten Jahren vor allem die Preise für Grundstücke in zentrumsnahen Lagen deutlich erhöhten, wurde gefordert, diese «entgangenen» Gewinne als Opportunitätskosten somit ebenfalls zu den tatsächlichen Kosten zu zählen.

Die Differenz zwischen einem auf den Kernkosten basierenden Modell und den die Opportunitätskosten berücksichtigendem Ansatz dürfte vor allem in zentrumsnahen Lagen tatsächlich beträchtlich ausfallen und somit eher in Richtung einer marktüblichen Miete gehen.

Nach mehreren Belehrungen über die Frage, wer nun wirklich die Grundlagen der Betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung im Griff hat, lehnte Stadtrat Daniel Leupi im Namen des Stadtrates die Motion ab, erklärte sich aber allenfalls bereit, eine Überarbeitung der «Grundsätze 24» als Postulat entgegenzunehmen.

Generalangriff auf die Kostenmiete?

Mehrere Redner stellten die Frage, ob eine derart unklar abgefasste Motion nicht ins Leere stosse oder gar den schleichenden Umbau des Regelwerks auf Basis der Kostenmiete zu einer Marktmiete als Ziel habe.

Der Alternative Niklaus Scherr stellte sich die Frage, ob es überhaupt eines Postulates bedürfe, da das Volk

in der Regel über jedes Projekt im Einzelnen abstimmen kann und somit direkt bestimmt, welche Projekte auch tatsächlich zu welchen Kosten umgesetzt werden sollen. Er stellte die für ihn unklar definierte Motion als getarnten «Generalangriff auf die Kostenmiete» dar. Als Ganzes resümierte er, dass die Motion für ihn eine Ansammlung von Ungereimtheiten darstellt.

SVP-Parteipräsident Roger Liebi warf der CVP-Fraktion, welche ledig-

lich ein Postulat befürwortete, vor, wieder einmal mehr als möglicher Partner für eine Koalition von Mitte und Rechtskräften auszusuchen und bezeichnete die CVP als unzuverlässigen Koalitionspartner. Zu guter letzt stellte Niklaus Scherr den Antrag, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, was in der darauffolgenden Abstimmung klar befürwortet wurde.

Mit 66 zu 56 Stimmen lehnte der Rat das Postulat ab.

Aus dem Wahlprogramm der SVP Stadt Zürich

Forderungen und Vorschläge

Wirtschaft

- Die Stadt Zürich richtet ihr Handeln auf die Prinzipien Eigenverantwortung und unternehmerisches Handeln der Wirtschaftssubjekte aus. Die Wirtschaftssubjekte nehmen dementsprechend ihre Verantwortung in sozialen und soziokulturellen Fragen zum Wohl der Stadt Zürich und der Steuerzahler wahr.
- Die Stadt Zürich beschränkt sich auf Aufgaben, die private Unternehmer nicht auch ausüben könnten. Sie verzichtet dementsprechend auf eigene produzierende Betriebe und Dienstleistungsfirmen, welche ihre Produkte im freien Markt anbieten – seien diese direkt der Verwaltung oder in ausgliederten Organisationen angegliedert.
- Monopolbetriebe, welche Aufgaben erfüllen, die auch private Unternehmen ausüben könnten,

werden mittelfristig teil- oder vollprivatisiert.

- Eine zukunftssträchtige und erfolgreiche Wirtschaftspolitik basiert auf dem Zusammenspiel grosser, mittlerer und kleiner Unternehmen. Alle Wirtschaftssubjekte tragen mit ihrem Zusammenwirken zum eigenen Wohlstand, jenem der Mitarbeiter und deren Familien sowie der Stadt Zürich bei.
- Die Stadt Zürich berücksichtigt in ihrem Handeln die besonderen Bedürfnisse von Grosskonzernen und Grossfirmen sowie KMUs und Gewerbe.
- Die Stadt Zürich setzt sich nach innen und nach aussen für den Finanzplatz und den Erhalt seiner bisherigen volkswirtschaftlichen Leistung ein.
- Ein wirkungsvolles, die Privatsphäre der Kunden vor prohibitivem Zugriff schützendes Bankkundengeheimnis ist Garant für einen starken Finanzplatz Zürich.

UMSTRITTENER HAFENKRAN ALS MAGNET

Alteisen oder Kunst – das ist die Frage

Seit einigen Wochen steht der verrostete Hafenkran am Ufer der Limmat. Das umstrittene Kunstwerk wirkt aber zugleich auch als Publikumsmagnet, wie ein Augenschein vor Ort zeigte.

RoMü. Ist es nun Kunst oder eben nicht, wenn man einen verrosteten uralten Hafenkran mitten der Stadt Zürich aufstellt?

Über diese Frage haben in den letzten Jahren die Politiker in der Limmatstadt des Langen und Breiten diskutiert. Jetzt gibt es über das Aufstellen keine Diskussion mehr, weil er seit einigen Wochen steht und kaum übersehbar ist. Am Ufer der Limmat direkt beim Rathaus ragt sein Ausleger weit über die Altstadtshäuser hinaus.

Mit seiner Grösse und Höhe kann er es fast gar mit den Kirchtürmen des Gross- und Fraumünsters wie auch St. Peter aufnehmen. Es ist aber die prächtige Kulisse der Zürcher Altstadt, welche den Gegensatz von einem verrosteten Hafenkran zur Silhouette wohl kaum eindrücklicher zeigen kann.

Hundertfach wird nun das vermeintliche und durchaus immer noch umstrittene Kunstwerk von allen möglichen Seiten im Bild festgehalten. Unter dem mächtigen Kran wird auch von Besuchern über Sinn und Unsinn in der Kunst sehr kontrovers diskutiert. Mancher ausländische Tourist fragt sich wohl, was die-



Ist dieser Hafenkran ein Kunstwerk oder nur ein verrosteter Stahlhaufen?

ser Kran abseits eines Hafens wohl hier macht. Sicher ist aber, dass der Kran bereits ein Ziel erreicht. Ob man nun ein Kunstfreund ist oder ihn auch als Schandfleck ablehnt, man will ihn gesehen haben und kommt dafür extra in die Stadt.

Auch Umstrittenes hat durchaus seinen Reiz.

LESERBRIEF

Die Abstimmung und deren Folgen

Ueli Maurer: Ein starker Kämpfer mit grossem Herz! Der Abstimmungssonntag ist vorbei. Das Stimmvolk konnte über die gefällten Wahlentscheidungen schlafen und kann sich nun Gedanken über die Folgewirkungen der einzelnen Resultate machen. Bundesrat Ueli Maurer indes hat einen langen und harten Abstimmungskampf hinter sich. Wir danken ihm für seinen wertvollen Einsatz diesbezüglich und hoffen, dass er weiterhin so engagiert bleibt. Als einziger SVP-Vertreter ist er im Bunderat oft isoliert.

Stets kämpft er für einen gewährleistetesten Schutz für die Bevölkerung und somit auch für die Armee. Die Schweiz wird aufgrund ihrer Neutralität nicht von anderen Ländern geschützt. Dies gilt ebenso für den besonders gefährdeten Luftraum ab dem Jahr 2024. Laut Aussage von SVP-Nationalrat Hans Fehr wird, sobald die E/A das Rentenalter erreicht haben, ein gravierendes Sicherheitsdefizit auf die dritte Dimension zukommen. Wir geben uns hiermit der Wehrlosigkeit preis. Bis anhin hat der Bundesrat den Volkswillen nach eigenem Ermessen umgesetzt. Im Falle der Grippe wird dies zu beobachten sein.

Unser Bundesrat, insbesondere Simonetta Sommaruga, wird sich der problematischen Umsetzung des Abstimmungsentscheides der Volksini-

tiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» stellen müssen. Der Volkswille diesbezüglich zeigt klar auf, dass der Schutz der Kinder oberste Priorität hat und das Kindeswohl nicht in die Hände einzelner Richter gelegt werden darf. Ein Entscheid, welcher tiefere Wurzeln trägt. Birgt doch die Vergangenheit bereits genügend unschuldige Opfer von fehlerhaften richterlichen Entscheiden. Die behördlichen Kontrollen können auch in der Schweiz kein Problem für eine gekonnte Umsetzung darstellen. In anderen Ländern werden solche Kontrollen bereits, bei allen Personen, welche mit Kindern arbeiten möchten, durchgeführt. Als beispielhafte Vorbilder dienen diesbezüglich die USA. Hier werden alle Personen vom amerikanischen Dienst überprüft und bekommen erst bei bestandener Persönlichkeitsprüfung die Zulassung. Im Behördenland Schweiz wird es wohl kein Problem darstellen können, die Initiative ohne Bestimmungsverletzung umzusetzen. Schliesslich zeigt der Volksentscheid, dass das Vertrauen nicht gänzlich in den Bundesrat gelegt wird.

Nun liegt es am Bundesrat zu beweisen, dass dieses Vertrauen möglich wäre.

Zorica Aurora Maric,
Winterthur